

Nr. 17/1087

Kinderlärm – Kein Grund zur Klage

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. März 2010
(Drucksache 17/1226)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Bundesrats zur rechtlichen Klarstellung von Kinderlärm.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, inwiefern in Bremen eine rechtliche Klarstellung erfolgen kann, um Kinderlärm von anderen Lärmarten abzugrenzen und der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 17/1088

Kein Hafengebäude mit Rhenus Midgard

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 13. April 2010
(Drucksache 17/1253)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1089

Koordinierungsstelle für den Opferschutz

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1172)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1090

Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1174)

Die Bürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 17/1091

Lautsprecheranlagen an Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. August 2009
(Drucksache 17/906)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1092

Lautsprecheranlagen an Schulen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 2. März 2010
(Drucksache 17/1191)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1093

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehen gleichstellen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und DIE LINKE.
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1182)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung.

Nr. 17/1094

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Thomas Ehmke (SPD)	Jens Dennhardt (SPD)
Ulrike Hiller (SPD)	Mustafa Güngör (SPD)
Insa Peters-Rehwinkel (SPD)	Marlies Marken (SPD)
Björn Tschöpe (SPD)	Sükrü Senkal (SPD)
Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Matthias Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)
Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Wilhelm Hinnens (CDU)	Sandra Ahrens (CDU)
Claas Rohmeyer (CDU)	Silke Allers (CDU)
Sibylle Winther (CDU)	Frank Imhoff (CDU)
Peter Erlanson (DIE LINKE.)	Monique Troedel (DIE LINKE.)
Dr. Oliver Möllenstädt (FDP)	Dr. Magnus Buhlert (FDP)

Nr. 17/1095

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit eingetragener Lebenspartnerschaften

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1270)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 17/1096

Regelsätze transparent und verfassungsfest festsetzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. März 2010
(Drucksache 17/1208)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

vom 20. April 2010

(Drucksache 17/1268)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Bundesregierung und im Bundesrat darauf zu dringen, dass eine Kommission zur Reform der Regelleistungsberechnung eingesetzt wird, an der neben dem Bund und den Ländern auch der Deutsche Verein, die Betroffenenvertretungen und die Wohlfahrtsverbände beteiligt sind,
2. darauf hinzuwirken, dass ein transparentes und nachvollziehbares Berechnungssystem entwickelt wird, das auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 den Regelsatz für alleinstehende Arbeitssuchende und die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ausgaben des unteren Quintils der Einkommensbeziehenden bestimmt,
3. eigene Kinderregelsätze zu fordern, mit denen der tatsächliche Bedarf für die verschiedenen Altersgruppen zutreffend bestimmt und insbesondere die erforderlichen Bildungsaufwendungen angemessen berücksichtigt werden,
4. anzuregen, dass die Pauschalierung einmaliger Aufwendungen überprüft wird und dass gegebenenfalls einmalige Leistungen als Geld- oder Sachleistung gesondert im Gesetz verankert werden,
5. sich dafür einzusetzen, dass Aufwendungen für die soziale Teilhabe stärker im Regelsatz berücksichtigt werden,
6. dafür zu sorgen, dass die Höhe der Regelsätze jährlich angepasst wird, orientiert an dem Maßstab der Preissteigerungen des Verbrauchs der unteren 20 % der Einkommensbeziehenden,
7. sich dafür einzusetzen, dass der im Regelsatz nicht berücksichtigte besondere atypische Bedarf durch einheitliche Festlegungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende, für die Grundsicherung von alten und voll erwerbsgeminderten Menschen und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz harmonisiert wird.

Nr. 17/1097

Politische Verantwortung wahrnehmen – Öffentliche Diskussion über Regelsätze führen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1265)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1098

Bremisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz

Mitteilung des Senats vom 23. März 2010
(Drucksache 17/1232)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 22. April 2010**

(Neufassung der Drs. 17/1246 vom 13.04.10)
(Drucksache 17/1274)

u n d

**Änderungsantrag der Fraktionen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP
vom 22. April 2010**

(Drucksache 17/1273)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1099

Einheitliche Auslegung des Bundesnaturschutzgesetz gewährleisten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1269)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1100

Einsetzung eines Tierschutzbeauftragten für das Bundesland Bremen

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 9. März 2010
(Drucksache 17/1197)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1101

Bundeswahlrecht ändern – dem Öffentlichkeitsgrundsatz Genüge leisten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1217)

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich in den anstehenden Beratungen auf Bund-Länder-Ebene zur Überarbeitung des Bundeswahlrechts für die strikte Einhaltung des Verfassungsgrundsatzes der Öffentlichkeit der Wahl und der entsprechenden Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts einzusetzen,
2. sich aufgrund der bestehenden Manipulationsgefahren für einen generellen Verzicht auf den Einsatz von Wahlcomputern bei der Stimmabgabe einzusetzen,
3. die Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse der Beratungen umfassend zu informieren.

Nr. 17/1102

Häfenanbindung über DB und Privatbahnen zügig verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1218)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 22. April 2010**

(Drucksache 17/1275)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Angesichts dieser Empfehlung und der vorhergesagten Transportprobleme im Zu- und Ablaufverkehr zu den deutschen Seehäfen wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Sicherung bedarfsgerechter Kapazitäten die Schieneninfrastruktur in Norddeutschland unter Berücksichtigung von DB- und NE-Strecken mit Vorrang auszubauen.
2. Der Senat wird gebeten, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass zur Sicherung einer zukunftsfähigen Hinterlandanbindung der bremischen und norddeutschen Seehäfen folgende Maßnahmen vorrangig und zügig realisiert werden:
 - a) Bau der Strecke Hannover – Bremen – Hamburg (Y-Trasse) bis zum Jahr 2020,
 - b) finanzielle Unterstützung von Sanierung und Ausbau des NE-Schiennetzes auf den Strecken – Bremerhaven – Bremervörde – Rotenburg/Wümme zur Entlastung des Knotens Bremen, Winsen – Soltau – Celle zur Entlastung des Bahnhofs Hamburg-Harburg,
 - c) Bau eines dritten Gleises in Bremen-Burg,
 - d) Bau eines dritten Gleises an der Strecke Stelle – Lüneburg,
 - e) Bau eines dritten Gleises Bremen – Langwedel/Verden,
 - f) Ausbau der Knoten Bremen und Hamburg,
 - g) Ausbau des Rangierbahnhofs in Bremen zur kombinierten Verkehrsdreh-scheibe für Güterverkehr unter Berücksichtigung des Bahnhofs Speckenbüttel,
 - h) Entlastung des Knotens Hannover,
 - i) Ausbau auf durchgehende Zweigleisigkeit sowie Elektrifizierung der Strecke Oldenburg – Wilhelmshaven bis zum Jahr 2014.

Nr. 17/1103

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Linke Gewalt und Linksextremismus
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/1164)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. März 2010
(Drucksache 17/1233)
2. Freiwilliges Soziales Jahr Politik
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. März 2010
(Drucksache 17/1227)
3. Keine Kohlendioxid-Endlager in Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. März 2010
(Drucksache 17/1228)
4. Tierquäler härter bestrafen!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 22. März 2010
(Drucksache 17/1229)

5. Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kali-Industrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser
Mitteilung des Senats vom 6. April 2010
(Drucksache 17/1243)
6. Personalbericht 2009 Band IV:
Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008
Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1160)
7. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Personalbericht 2009 Band IV – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008, Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010 (Drs. 17/1160) vom 6. April 2010
(Drucksache 17/1245)
8. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen
Mitteilung des Senats vom 13. April 2010
(Drucksache 17/1250)
1. Lesung
9. Jungen und Mädchen sind unterschiedlich: geschlechtsspezifische Pädagogik
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1267)

